

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

30.7.1923 (No. 174)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung,
Stadtplatz 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert für Juli 28 500 M. — Einzelnummer 1200 M. — Anzeigengebühr: 1000 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder
frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabat, der als Kassenschatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die
Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Beirichtung
und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Halle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten
hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und
Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Höhe des ersten Teilbetrages der Brotversorgungsabgabe.

** Gemäß § 5 Absatz 3 Satz 3 des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 vom 23. Juni 1923 wird folgendes bekannt gegeben:

Für den ersten Teilbetrag der Brotversorgungsabgabe, der am 1. August 1923 fällig wird, ist das Rechnungsbild endgültig festgelegte Betrages der Zwangsanleihe maßgebend.

Kein Passivum nach Frankreich.

** Der französische Konsul in Karlsruhe verweigert nach wie vor die Ausstellung von Passivum nach Frankreich an badische Staatsangehörige. In Kenntnis dieser Tatsache schicken immer noch Badener an das genannte Konsulat Pässe ein mit dem Antrag, das Passivum zu gewähren. Der Herr Konsul läßt diese Pässe sammeln und von Zeit zu Zeit dem badischen Ministerium des Innern zur Zurücksendung an die Einfuhr überweisen. Es empfiehlt sich deshalb, Anträge wegen Gewährung von Visum nach Frankreich an das französische Konsulat in Karlsruhe bis auf weiteres nicht mehr zu richten.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Der Arbeitsmarkt hat sich im großen ganzen gegenüber der Vorwoche wieder gebessert. Was die Entwicklung in den einzelnen Berufsgruppen anlangt, ist eine Zunahme des Beschäftigungsgrades nicht allein in der Landwirtschaft, sondern auch vornehmlich im Bau- und Gastgewerbe festzustellen. Derselbe Erscheinung tritt auch im Holz- und Schmiedewerkzeugbau zu, wenn man etwa von schwierigerem Geschäftsgang in der Schuhindustrie abstrahiert, der in Abhängigkeit nach dem besetzten Gebiet begründet ist.

Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie hat sich etwas gebessert; was die badischen Spezialindustrien dieser Berufsgruppe anlangt, so hat die Wofheimer Eblemetallwarenindustrie eine weitere Belebung erfahren, in der Schwarzwälder Uhrenindustrie herrscht Mangel an Fachkräften. Im Handel hat der Bedarf an selbständigen Buchhaltern zugenommen. Der Feuertourist in Singen ist beendet.

Zur Frage der Lebensmittelversorgung.

Keine unnötige Nervosität!

** Infolge des Umstandes, daß sich wegen der Witterungslage im Frühsommer die Kartoffelernte um etwa vier Wochen verschob und diese nun mit der Getreideernte zusammenfällt, war in den letzten Tagen die Zufuhr von Kartoffeln nach den Städten des Landes mangelhaft. Dadurch hat sich bei der Verbraucherschaft wieder einmal und in diesem Falle erklärlicherweise eine große Nervosität eingestellt. Bei Verzierungen zur Landbevölkerung hat, nützt diese aus, und wer sonst die Ruhe nicht zu bewahren vermag, sucht seine Einkäufe direkt auf dem Lande zu betätigen, was nun aber wieder dazu beiträgt, daß die Landwirte es nicht nötig haben, mit geretteten Kartoffeln selbst in die Städte zu fahren.

Inwiefern die Auffassung richtig ist, daß die Anbaufläche von Kartoffeln auch in diesem Jahre noch zurückgegangen sei, läßt sich nicht nachprüfen. Für das Land Baden kann von einer wesentlichen Verringerung der Anbaufläche wohl schon um deswillen nicht geredet werden, als der Kleinbäuerliche Betrieb im allgemeinen eine wesentliche Verschiebung der Anbauflächen für Brotgetreide und Kartoffeln nicht zuläßt.

Für die Versorgung der Städte mit Frühkartoffeln kommt in der Hauptsache nur die badische Landwirtschaft in Frage. Für die Versorgung mit Spätkartoffeln kommen jedes Jahr starke Zufuhren aus Norddeutschland in Betracht. Wenn also die badische Bevölkerung sich durchweg mit einer Brotversorgung zufrieden gibt, wenn Angstkäufe unterbleiben, dann ist kaum mit einer dauernden Kartoffelnot zu rechnen. Immerhin sollte die Landwirtschaft in Baden angesichts der großen Gefahren für das ganze Land, welche Lebensmittelkrisen in sich bergen, alle Kräfte zusammenfassen, um neben der Getreideernte auch rechtzeitig einen Teil der Kartoffelernte in die Städte zu bringen.

Der Gesichtspunkt, Kartoffeln und Brotgetreide nur in geringem Umfange abzugeben, um wegen der Geldentwertung Sachwerte festzuhalten, die in den Ernteerzeugnissen zu erlösen sind, sollte nach Möglichkeit, insbesondere so lange zurücktreten, bis die Ernährung der Stadtbevölkerung einigermaßen sichergestellt ist. Es bedarf keines besonderen Hinweis darauf, wie im Falle andauernder Not Diebstahl und Feldraub wieder um sich greifen müssen, was umso bedauerlicher wäre, als dadurch die Spannung zwischen Stadt und Land wieder verstärkt würde.

Die Landwirtschaft hat Jahre hindurch einen schweren Kampf gegen die Zwangswirtschaft geführt und sehr lebhaft die Behauptung aufgestellt, daß in der freien Wirtschaft die Städte eine viel bessere Lebensmittelversorgung finden würden. Die Resse der Zwangswirtschaft sind nun gefallen, woraus sich für die Landwirte die Notwendigkeit ergibt, nunmehr zu beweisen, ob hinter der propagandistischen Idee für die freie Wirtschaft auch der Wille zur Tat steht.

Nicht minder ernst wie an die Landwirtschaft ist an den Kartoffelhandel ein Appell zu richten, das Geschäft nicht nur vom engstirnigen Standpunkt des Verdienens, sondern auch von jenem der Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber anzusehen. 1914 rechnete man in Deutschland mit einer Kartoffel-Anbaufläche von 34 Millionen Hektar; dieselbe ist im Jahre 1922 auf 27 Millionen Hektar gesunken. In diesem Jahre wird — wohl zugunsten des Getreideanbaus — eine weitere Senkung der Anbaufläche eingetreten sein. Immerhin rechnet man mit einer gesamten Kartoffelernte von 35 Millionen Tonnen gegenüber 40 Millionen Tonnen im Vorjahre, also mit 7 Zentner Kartoffeln auf jeden einzelnen Kopf der Bevölkerung. Schon die hohe Preislage und die große Feuertaufe auf allen Gebieten des Lebensunterhaltes verhindern ja ein allzustarkes Hamstern von Kartoffeln. Man sollte glauben, daß angesichts dieser Tatsachen eine ordnungsgemäße Versorgung der Stadtbevölkerung möglich sein sollte. An den landwirtschaftlichen Genossenschaften, an den Konsumvereinen und an dem Kartoffelgroßhandel liegt es nunmehr, im gemeinsamen Zusammenwirken rechtzeitig alle geschäftlichen Obliegenheiten zu erledigen, damit wesentliche Störungen des Verkehrs nicht eintreten können.

Die badische Staatsregierung hat in Erkenntnis der Schwierigkeiten der Situation bereits beschlossen, wie im Vorjahre so auch wieder in diesem Jahre in der Kredithilfe tätig zu sein. Sie hat bereits von sich aus die erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet, um für das Spätkartoffelgeschäft die erforderlichen Bürgschaften stellen zu können und auch im Benehmen mit den Reichsorganen sich an der Vermittlung von Krediten zu betätigen.

Aus dieser Sachlage wolle die Bevölkerung entnehmen, daß ein wichtiger Grund zu besonderer Anruhe wegen mangelnder Versorgung nicht vorliegt. Allerdings bildet die Preisfrage nach wie vor eine Ursache allgemeiner Unzufriedenheit. Die Regierung eines Landes aber kann mit dem besten Willen nicht über die aus einer allgemeinen Geldentwertung sich ergebenden Notlage Herr werden. Die bisher vorhandenen Gesetze für eine zwangsweise Beeinflussung der Wirtschaft sind bekanntlich fortgefallen. Selbst die Reichsbehörden, von deren Politik und Arbeit allein nur die allgemeine deutsche Volkswirtschaft beeinflusst werden kann, können, insofern Frankreich seinen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland fortführt, gegenüber einer rein zwangsständigen Entwicklung der Preisbildung nichts ausrichten. Die Frage, ob nicht in dem einen oder anderen Falle durch besondere Maßnahmen, wie etwa durch totale Erdölfuhr der Einfuhr von nicht lebensnotwendigen Produkten, eine Linderung der allgemeinen Not, aber auch nur eine Linderung, hätte erreicht werden können, kann vom Standpunkt der Politik eines Landes aus kaum einwandfrei bejaht oder verneint werden. Jedenfalls führen hierbei nicht Mitle der Verzweiflung zur Befreiung. Die einzelnen Stände des deutschen Volkes müssen lernen, sich gegenseitig mehr zu helfen. Dann ist schon viel gewonnen.

Eine Kundgebung der Reichsregierung.

In einer vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung unterzeichneten Kundgebung heißt es:

Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgesetzt sind, gesellt sich sowohl dort wie auch im nichtbesetzten Deutschland steigende wirtschaftliche Not. Bis zum heutigen Tage vermag der Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschaft und Finanzkraft Deutschlands auf das Schwerste getroffen und erschüttert. So ist Deutschland gegen seinen Willen zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung. Dazu kommen eben jetzt am Ende des Erntejahres natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsvorsorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen.

Jahr kann nach dem Zeugnis unbefangener urteilender Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in Gläubigerstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, die helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Zunächst gilt es die Finanzen des Reiches zu stärken, um der ungeheuren Entwertung des Geldes Einhalt zu tun. Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den geschäftlichen Körperlichkeiten zugehenden Gesetzentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Verfügensteuer ist vor kurzem verdoppelt worden.

Bei den Verbrauchssteuern soll zur Erzielung raschesten Eingangs die erst jüngst vom Reichstag verabschiedete Zollsatzliste auf das geringstmögliche Maß vermindert werden.

Dem Reichstag ist bereits ein Gesetzentwurf ausgegangen, der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breiter Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland die Verwirklichung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuervorauszahlungen anfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reich rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen.

Die Ausgabe einer werbefähigen Anleihe soll weitesten Volksteilen die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern, und so auch dem ungelunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenzuwirken.

Die auf dem Gebiete des Devisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfange als bisher dem Reiche zuzuführen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere für Lebensmittel, reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Abermäßige Einfuhr von Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, die grundsätzlich die Frage des Geldkredits der Lösung näher bringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, so weit sie der Milderung der geschäftlichen Körperlichkeiten bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht verbessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat.

Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht die Sicherung der Ernährung. Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfange Ernteerträge dem Verbrauch zu kommen zu lassen.

Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung der Familie ermöglichen.

Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Befinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Nöten und Kümernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Tages als Grundlage künftigen Aufstieges unseres Volkes zu bewahren.

Allen endlich, die im politischen Leben aller Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das Ihre zu tun, um unser Volk stark zu machen.

In der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeiten unserer Lage, wie im Entschluß des Ausstehens ist Dienst am Vaterlande die beste Gewähr für das Wohl des Einzelnen. Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen.

Sie mögen uns Vorbild sein. Wir würden sie verraten, wenn wir dem getradeten Wege der Pflicht abwichen, während sie kämpfen wie ein Mann für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands!

Der Reichspräsident: (gez.) Ebert.

Der Reichsminister von Rosenberg, Hermes, Dezer, Becker, Braun, Heinze, Gehler, Stingl, Groener, Luther, Albert.

Berlin, 28. Juli. Nach Auffassung des Reichs Ernährungsministeriums besteht kein Anlaß zu so großen Besorgnissen, wie sie in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen. Abgesehen von einigen Waren, wie Kartoffeln, besteht kein Mangel an Nahrungsmitteln. Die Knappheit ist in der allgemeinen Wirtschaftslage und der katastrophalen Geldentwertung begründet und zum Teil eine vorübergehende Erscheinung. In jedem Jahr tritt zwischen dem Frühjahr und dem Sommer eine Lücke in der Versorgung ein, besonders bei Kartoffeln. Zudem ist die Ernte an Frühkartoffeln durch die Kälte und kalte Witterung verspätet, sie steht aber vor der Tür. Die Lage wird sich von Tag zu Tag bessern. In acht bis vierzehn Tagen wird wieder die regelmäßige Versorgung mit Frühkartoffeln einsehen. Das Ernährungsministerium hat Maßnahmen gegen den Notstand getroffen. Insbesondere wird für Fett dadurch gesorgt, daß zur Einfuhr von Rohstoffen für Margarine erhebliche Devisen zur Verfügung gestellt wurden. Die weiteren Ausichten für die Volksernährung sind in diesem Jahre günstiger als früher. Wir haben eine außerordentlich günstige Getreideernte in Aussicht. Auch in Kartoffeln ist im großen Durchschnitt eine befriedigende Ernte zu erwarten. Besonders günstig ist die Futtermittelerte, die eine Befreiung unseres Viehstandes in Zukunft ermöglichen wird. Die Getreideversorgung ist bis zum Eintritt der neuen Ernte vollkommen sichergestellt. In dauernder Fühlung des Ministeriums mit der Landwirtschaft wurde diese fortgesetzt aufgebessert, die Mengen von Nahrungsmitteln, die sie nach in der Hand hat, so schnell wie möglich in die Städte zu befördern. Das wird in den nächsten Wochen mit den Kartoffeln geschehen.

Politische Neuigkeiten.

Die französische Antwort.

Wie auch die belgische, sollen nach Pariser Meldungen am heutigen Montag in London überreicht werden.

Aus dem Inhalt der französischen Antwort glaubt die „Chicago Tribune“ folgende Angaben machen zu können:

Die französische Antwort sei nicht endgültig, wie England es gewünscht habe. Sie fordere weitere Aufklärungen und Einzelheiten über einige der wichtigsten Punkte der Curzon-Note und eröffne den Weg zu weiteren Verhandlungen unter den Mitwirkenden, ermögliche es jedoch den Engländern nicht, die Antwort an Deutschland fertigzustellen und abzugeben, wie man das in der Downingstreet gehofft habe. Poincaré bemühe sich in seiner, in höflicher diplomatischer Sprache abgefaßten Note, jeden scharfen Widerspruch gegen die englischen Feststellungen oder eine glatte Ablehnung der englischen Vorschläge zu vermeiden. Dagegen möchte Poincaré in seiner Note die beiderseitige Einigkeit und Harmonie dadurch herstellen, daß er „im Prinzip“ gewisse Vorschläge, die der französischen Politik zuwiderlaufen, als Verhandlungsgrundlage annehme. Die Note vermerke sorgfältig alle diejenigen Punkte, in denen die beiden Mächte einig seien, darunter auch den beiderseitigen Wunsch, Reparationen zu verlangen, den Frieden zu erhalten und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wieder normal zu gestalten. Die strittigen Punkte traten vollständig zurück hinter dem Wunsch nach weiterer Aufklärung von Einzelheiten, worauf der französische Standpunkt geltend gemacht werde, um gewisse Verbesserungen zu fordern. Es wird angenommen, daß England die französische Antwort unbefriedigend finden und daß diese als Grundlage für die Debatten im Unterhaus in dieser Woche nicht ausreichen werde.

Nach den in der belgischen Morgenpresse veröffentlichten Mitteilungen bleibt Belgien in der Note den Grundlinien der französisch-belgischen Ruhrpolitik treu. Es könne vor Einstellung des passiven Widerstandes nicht mit der deutschen Regierung verhandeln und mache die Räumung des Ruhrgebietes von ausreichenden deutschen Garantien abhängig. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet über den belgischen Standpunkt in der Ruhrfrage. Belgien wüßte Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der deutschen Finanzen, die Liquidation der interalliierten Schulden in Verbindung mit der Abschätzung der deutschen Schulden, wobei von einer Priorität der verminten Gebiete und einer Revision des Verteilungsschlüssels von Spa zugunsten der zerstörten Gebiete auszugehen sei. Ferner beachtliche belgische Angaben über die Garantien Deutschlands hinsichtlich der Erzielung von Einberufenen zur Herstellung des deutschen Budgets zu machen. Schließlich fordert Belgien die Regelung der Sicherheitsfrage für sich selbst und für Frankreich durch einen Solidaritätspakt der Alliierten. Der „Temps“ gibt im Hinblick auf die belgische Antwort unumwunden zu, sie sei nach einem ganz anderen Plane wie das französische Dokument entworfen und es sei folglich zwecklos, beide Schriftstücke, miteinander zu vergleichen; doch könne man versichern, daß Frankreich und Belgien wegen der Ruhrbesetzung und anderer durch sie angeregten Fragen einig wären. Dem wird von einem Teil der Pariser Vorkorrespondenz widersprochen. Der „Temps“ erklärt, daß die französisch-belgischen Besprechungen fortauern.

London, 29. Juli. Der Finanzsekretär im Schahamt, Johnson Pids, sagte in einer Rede in Evidenhan, England wünsche, seine Alliierten und seine ehemaligen Feinde in der Lage zu sehen, sich am Weltmarkt zu beteiligen. Die Abschaffung der britischen Mittelung an die Alliierten sei die vorzüglichste und behutsamste Arbeit gewesen, die er je gesehen habe. Er hege große Beforgnis wegen der bevorstehenden Antwort. Er könne nicht glauben, daß die Staatsmänner Mitteleuropas und die Welt dem Untergang preisgeben wollten.

Der Washingtoner Berichterstatter des „Observer“ meldet, der Durchschnittpreisamerikaner sei sich nicht klar darüber, warum Großbritannien die Auffassung vertrete, daß ein Verfall Deutschlands ein Unglück für die Welt sein werde, deshalb müsse eine ausführliche Begründung der englischen Politik den Amerikanern verständlich machen, daß es England nicht bloß um seine Handelsinteressen zu tun sei.

Die Ruhrpolitik Frankreichs.

DZ. Mannheim, 28. Juli. Bei der Besetzung der Polizeimache in Rheinau durch die Franzosen wurde von letzteren der Polizeiwachmeister Karl König zurückgehalten. Er wurde gestern Abend von vier Franzosen an die Altkirper Fähre transportiert und dann nach Ludwigshafen gebracht.

DZ. Rühl, 29. Juli. Von dem hiesigen französischen Militärpolizeigericht wurde u. a. der Gefangenenaufsicher Grundel von Offenburg wegen Nichtbefolgung eines französischen Befehls zu 1 Jahr Gefängnis, sowie der Student Süßler wegen Nichtbefolgung eines Ausweisungsbefehls zu 2 Monaten Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Buchhändler Trube erhielt wegen Auslieferung bzw. Verkaufs von zur Propaganda dienenden Zeitschriften eine Geldstrafe von 3 Millionen Mark.

Paris, 27. Juli. Nach einer Habas-Meldung aus Düsseldorf ist die am 13. Juni gegen den Ingenieur der Badischen Anilin- und Sodafabrik Goerges vom Kriegsgericht in Mainz verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

Der 29. Juli.

zu dem von den Kommunisten große antisozialistische Kundgebungen angekündigt waren, ist im Reich im allgemeinen ruhig verlaufen. In Karlsruhe veranstalteten die Kommunisten einen Umzug mit einigen hundert Personen, es kam jedoch zu keinerlei Zwischenfällen. In Berlin fanden eine Anzahl kommunistischer Versammlungen statt, an denen sich die Sozialdemokraten, entsprechend der von ihrer Partei ausgegebenen Parole nicht beteiligten. Verschiedene Versammlungen wiesen einen recht schwachen Besuch auf. Kleinere Abteilungen veranstalteten mit roten Fahnen Umzüge. Es kam zu Anrennen von Passanten und Polizei, die sich seit Samstag in erhöhter Alarmbereitschaft fand. Insgesamt wurden am Sonntag in Berlin wegen Beteiligung an verbotenen Veranstaltungen in Verbindung mit Widerstand und verurteilter Gefangenenerziehung 108 Personen festgenommen. Die meisten wurden nach Feststellung ihrer Namen sofort wieder entlassen. Klagen stand lediglich im Zeichen des Feuerwehrtages. Die geplante und von der Polizei verbotene kommunistische Versammlung auf Oberwiesenfeld hat nicht stattgefunden. In Belgien wurde für Max Holz demonstriert und in Dresden

komkommende Revolution nicht nötig wäre, wenn man 1918 den Bolschewiken nicht nur die Köpfe, sondern auch die Köpfe abgerissen hätte. Auch in Bremen sind die Demonstrationen ruhig verlaufen, trotzdem gestern bekannt wurde, daß am Samstag von der Polizei eine große Anzahl führender Kommunisten auf richterliche Anordnung wegen Hochverrats verhaftet wurde. In Ruhr- und Rheinland ist es zu keinerlei Kundgebungen gekommen. Kleinere Ansammlungen in Hamm und anderen Städten wurden ohne Zwischenfälle von der Polizei aufgelöst.

Zu größeren Unruhen kam es am Samstag in Neureuppin. Im Anschluß an eine Kundgebung wurden fünf Lebensmittelgeschäfte geplündert. Nach einer Versammlung der kommunistischen Partei zogen 3000-4000 Personen vor das Gefängnis, um dort die Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen. Gegen 11 Uhr abends versuchte die Menge, das Gebäude zu stürmen. Die Schutzpolizei gab zuerst eine Warnungsschall ab und schoß dann auf die Anführer. Dabei wurden zwei Mann getötet, während sieben andere schwer verletzt wurden, und ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Außerdem gab es eine größere Anzahl Leichtverletzte. Circa 15 Personen wurden verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. In Bressau ist die Lage weiterhin gespannt. In den Lebensmittelgeschäften der Westvorstadt sprachen die streikenden Metallarbeiter der Linke-Hofmann-Werke vor und forderten außer Unterstützungsgeldern Lebensmittel aller Art. Fast ausschließlich saßen sich die Ladeninhaber gezwungen, Waren zu verteilen, worauf die Streikenden abgaben. Auch in der übrigen Stadt gingen die Streikenden erfolgreich Waren sammeln.

Friedenskundgebungen in Paris und London.

Paris, 29. Juli. Die sozialistische Partei und die Gewerkschaften haben anläßlich des Jahrestages der Ermordung Jaurès gestern eine Gedenkfeier veranstaltet, bei der die deutsche Sozialistin Toni Sender sprach. Trotz des Drucks von außen, erklärte sie, gebe es in Deutschland eine starke Partei, die imstande sei, der Reaktion zu begegnen. Die Rednerin verlangte von den französischen Sozialisten Unterstützung der deutschen Genossen. Abg. Boncour, der sich speziell an die deutschen Reichstagsabgeordneten wandte, erklärte, das wahre Frankreich wolle den Frieden.

London, 29. Juli. Gestern wurde, wie alljährlich, im Hyde-park eine Kundgebung gegen den Krieg veranstaltet, bei der zahlreiche Redner Ansprachen an die Menge hielten. Es wurde eine Resolution angenommen, in der allgemeine Abtrünnung durch Zusammenarbeit der Völker mit Hilfe des vervollkommenen Völkerbundes verlangt wurde. Aus Deutschland, Frankreich, Amerika, Schweden, Dänemark, Belgien, Finnland und Kanada waren Sympathie Kundgebungen eingetroffen.

Kurze Nachrichten.

DZ. Drei Millionen für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Zeit vom 30. Juli bis 5. August zum Preise von 3 Millionen Mark für ein 20-Markstück und 1,5 Millionen Mark für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Badische Uebersicht.

Der 11. August.

In diesen Zeiten der außen- und innenpolitischen Bedrängnis tut es not, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten wieder einmal, wenn auch nur auf wenige Stunden, der politischen Überlegung und Selbstbestimmung kommt und sich seiner Rechte und Pflichten im neuen Staate bewußt wird. Dieser Aufgabe soll der 11. August dienen; er soll die Erinnerung wachhalten an den Tag, an dem der Schlüsselstein gesetzt wurde für die neue deutsche Verfassung, die unser Volk innerpolitisch zum freiesten Volk der Erde macht. Im Mittelpunkt der Feiern, die an diesem Tage stattfinden, soll darum auch die Weimarer Verfassung stehen und mit dem Gedanken an ihre Vollendung soll das Bekenntnis der Liebe zur Heimat, zum Vaterland und zum Staatsgedanken verbunden sein.

Bei diesen Feiern, die den Zeiten entsprechend, schlicht und würdig gehalten sein sollen, wird auch der hartbedrängten Volksgenossen in den besetzten deutschen Gebieten durch Wort und gedebundene Tat gedacht werden. Auch der Kinder soll an diesem Tage nicht vergessen werden; durch besondere Veranstaltung soll auch in ihnen das Interesse am Verfassungstage geweckt und ihnen der Grundgedanke der Feiern, Liebe zum Staat, nahegebracht werden. Wie eine Reihe von Meldungen zeigt, wird heute schon in vielen großen und kleinen Städten und Gemeinden des Landes für eine würdige Begehung des Verfassungstages eifrig gerüstet. Geplant sind Festgottesdienste, Festzüge, Gesangsvorträge und Reden, sportliche und sonstige Veranstaltungen.

So verspricht die Feier des Verfassungstages ein seiner Bedeutung entsprechendes Ereignis zu werden.

Die geplanten Feiern in Baden.

DZ. Mannheim, 28. Juli. In der Stadtratsitzung vom 26. d. M. wurde beschloffen, am Samstag, den 11. August, vormittags 11 Uhr im Ridelungsaal des Hofgartens eine Verfassungsfeier abzuhalten.

In Mosbach soll in den Vormittagsstunden Festgottesdienst stattfinden; daran schließt sich ein Festzug zum Marktplatz, dortselbst Gesangsvortrag Mosbacher Gesangsvereine und Festrede, dann wahrscheinlich Zug zum Stadtgarten. Mittags Vorführungen des Turnvereins und Fußballklubs usw.

In Waldshut soll am Verfassungstage die Stadtmusik zwischen 12 und 1 Uhr spielen und Abends die eigentliche Verfassungsfeier stattfinden. Neben einer Festrede sollen gesang-

liche und musikalische Darbietungen der Stadt der Höhe sein. Es dürfte dann auch am Verfassungstage als dem zeitgemäßesten eine große Sammlung für das Ruhrgebiet, das jetzt ganz besonders leidet, veranstaltet werden.

Ein Ehrenpreis des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat, um für die am Verfassungstage stattfindenden sportlichen Wettkämpfe eine besondere Anregung zu geben, einen Ehrenpreis für tüchtigste und sportliche Leistungen ausgesetzt. Er besteht in einer von dem Bildhauer Alfred Bode entworfenen Plakette, die auf der Vorderseite einen Adler in natürlicher Form vor der aufgehenden Sonne und die Inschrift „Verfassungstag 1923“, auf der Rückseite einen Eichenzweig und die Worte „Ehrenpreis des Reichspräsidenten“ zeigt.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 26. Juli. An zwei am Rhein hafen anässige Firmen werden zur Ergänzung ihres Bestandes Geländestücke von 750 und 50 Quadratmeter verkauft. — Die Stammeinlage der Stadt in der Karlsruher Bauhoffindustrie G. m. b. H. im Betrage von 255 000 M. und das der Gesellschaft bis zum gleichen Betrage gewährte Darlehen werden um den Betrag von je 25 245 000 M., also auf zusammen 51 000 000 M. erhöht. Der Betrag der Erhöhung mit 50 490 000 M. ist aus Anleihenmitteln zu bestreiten. Die Zustimmung des Bürgerausschusses wird eingeholt. — Infolge der andauernden Geldentwertung und des ständig steigenden Steigens der Unterhaltungskosten der städtischen Gebäude werden auch die Gebühren für Bedienung der Kleiderablage und die Einlagegebühren für Festhalle und Konzerthaus erhöht. — Bei allen Zahlungen, welche die Stadt an Firmen, Handwerker usw. zu leisten hat, werden ungerundete Endbeträge der Rechnungen zur Vereinfachung des Zahlungsverkehrs auf volle 100 Mark auf- oder abgerundet. Forderungen der Stadt (Gebühren, Beiträge usw.) werden nur noch in durch 100 teilbaren Markbeträgen erhoben. — Es werden immer noch zahlreiche Abtrübnungen ohne Genehmigung der Stadt durch Landwirte der Umgebung Karlsruhe entleert. Dies hat zur Folge, daß der städtische Abfuhrbetrieb ab und zu stillliegt und daher der Entleerungsapparat nicht voll ausgenutzt werden kann. Der Stadtrat hat daher beschloffen, die Belohnung für die Polizeibeamten für jede Anzeige wegen Übertretung des § 87 a des Polizeistrafgesetzbuches und der ortspolizeilichen Vorschrift vom 21. September 1920, betr. die Entleerung von Abtrübnungen in der Stadt Karlsruhe, auf Grund deren eine rechtskräftige Bestrafung erfolgt ist, mit sofortiger Wirkung angemessen zu erhöhen.

Zur Demonstration der Karlsruher Kommunisten am gestrigen Sonntag schreibt der sozialdemokratische „Volkstfreund“ u. a.: Die Zahl der Beteiligten wird die kommunistischen Führer lebhaft enttäuscht haben. Die Kommunisten haben an einer umfangreichen Propaganda die wirklich nicht fehlen lassen: bis in die kleinsten Dörfer Mittelbadens trugen sie die Aufforderung zur Teilnahme an der Karlsruher Demonstration und ihre Anhänger dürften wohl auch reiflos aus allen Dörfern erschienen sein. Resultat: die Beteiligung an der Versammlung vor dem Konzerthaus erstaunlich gering; erst der Zug wies eine stärkere Beteiligung auf. Es hat sich am gestrigen Sonntag in durchaus erfreulicher Weise gezeigt, daß die Masse der Arbeiterschaft wider Parolen nicht folgt, sondern den Parolen der Partei und der Gewerkschaften. Die Demonstration verlief ruhig. Die Kommunisten waren darüber nicht im Zweifel gelassen worden, daß jeder Versuch, die geordneten Bahnen zu verlassen, mit den energigsten Gegenmaßnahmen zu rechnen hat. Im übrigen: hat die Regierung vernünftig und richtig gehandelt, daß sie der Demonstration der Kommunisten keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt hat und die Kommunisten haben sich selbst einen Dienst geleistet, indem sie darauf achteten, daß die Ruhe und Ordnung nicht gefährdet worden sind.

Konzerthaus. Heute (Montag) abend 7 1/2 Uhr wird die Operette „Die Fürstendörfler“ aufgeführt. Diese Vorstellung ist auch gleichzeitig für Mitglieder der Volksschule U 5. — Morgen (Dienstag) und täglich gelangt die mit so großem Beifall aufgenommene Operette „Die blaue Mazur“ zur Wiedergabe. — Als nächste Operette wird vorbereitet: „Steine Feuer — das Fräulein“ von Dr. Hermann Weitten.

Staatsanzeiger.

Erhöhung der Personentaxen der deutschen Reichsbahn. Die Ende Juli gelösten Fahrkarten werden innerhalb der Geltungsdauer (1. bis 3. August) von den Fahrkartenausgaben nur zurückgenommen, wenn ein Rechtsanspruch nach §§ 20 (1) und 26 E.V.D. (Nichterfüllung des Beförderungsanspruchs, Verspätung oder Ausfall von Zügen) besteht; in allen übrigen Fällen kann das Fahrgehalt nur auf schriftlichen Antrag, in welchem die Gründe für die Nichtbenutzung angegeben sind, von den Betriebsinspektionen unter Abzug von 10 v. H. Verwaltungsstellen erstattet werden.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:

Kanzleischiffen Georg Diehl beim Landgericht Mannheim zum Kanzleischiffen; die Schreibschiffen Magarethe Förster beim Justizministerium, Eugenie Kehler beim Amtsgericht Oberlingen und Elisabeth Mayer beim Amtsgericht Durach zum Kanzleischiffen.

Befördert:

Justizobersekretär Nikolaus Müller beim Notariat Donauerschingen zum Amtsgericht befördert.

Entlassen:

Oberaufseher Karl Felger und Aufseher Dionys Seiler beim Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg.

Ministerium der Finanzen.

Zurücksetzungen.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Forstmeister Karl Lisch in Markdorf.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Achern. In das Handelsregister Abtl. A O.-Z. 293, Vereinigte Granitwerke Seebach und Randern, Gebr. Thiele, Ottenhöfen — Zweigniederlassung in Randern — ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann	Achern. In das Handelsregister Abtl. A O.-Z. 302, Firma	Gebrüder Epple, Kappelrodt, ist heute eingetragen worden: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.	Achern, 26. Juli 1923. Der Gerichtsschreiber.	Waden. Handelsregistereintrag Abtl. B Bd. II O.-Z. 16, vom 21. Juli 1923, Firma Reiter & Co. G. m. b. H. Durch Generalversammlung vom 18. Juni 1923 ist die Gesellschaftsform geändert worden in Steinheuer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.	Waden, 21. Juli 1923. Der Gerichtsschreiber.	Hotel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden: Die Geschäftsführer Julius Ganz und Franz Nehe sind ausgeschieden. Hotelbesitzer Friedrich Ruppel in Baden-Baden ist zum alleinigen Geschäftsführer bestellt.	Baden, 20. Juli 1923. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
---	---	---	---	---	--	--	---

Waden, 21. Juli 1923.
Der Gerichtsschreiber.

Stuttgart, Zweigniederlassung Bruchsal: Die Firma ist geändert in: Badische Württembergische Weinbrennerei Girsch & Richter. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. T.154 Handelsregister B I O. 3. 57 zu Firma Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin: Dem Bevollmächtigten Fritz Keller in Bruchsal ist Procura für die Zweigniederlassung Bruchsal erteilt. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. T.155 Handelsregister B I O. 3. 52 wurde zu Firma Dr. Kaimar Baer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Bruchsal eingetragen: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Berlin verlegt. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. T.156 Handelsregister A II O. 3. 243 wurde eingetragen: Firma Kaspergesellschaft Debatin & Berger, Bruchsal, Gesellschaft sind: Anton Debatin und Rudolf Berger, Kaufleute in Bruchsal. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. T.157 Handelsregister A II O. 3. 242 wurde eingetragen: Firma E. Henry Strother, Export und Vertretungen, Bruchsal, Inhaber Egon Henry Strother, Kaufmann in Bruchsal. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. T.158 Handelsregister A II O. 3. 241 wurde eingetragen: Firma Max Wöb, Getreide- und Landesproduktionsgeschäft, Odenheim, Inhaber Max Wöb, Kaufmann in Odenheim. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. T.159 Handelsregister A II O. 3. 180 zu Firma Gustav Bergog, Bruchsal: Der kaufmännischen Angestellten Verla Loeb in Bruchsal ist Procura erteilt. Bruchsal, 25. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Bühl. T.162 Handelsregistereintrag Abt. A Band I O. 3. 192 - Firma Max Wertheimer in Bühl: Die Firma ist erloschen. Bühl, 25. Juli 1923. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 17. Juli 1923 die Firma Emil Bied, Installationsgeschäft, Sitz: Königswald, Einzelkaufmann: Elektrische Installateure Emil Bied in Königswald. Amtsgericht. T.107

Eppingen. T.124 In das Handelsregister Abteilung B wurde heute unter Nr. 5 eingetragen: Firma Holz & Holz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mühlbach. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung u. der Vertrieb von Tabakfabrikaten aller Art. Stammkapital: 2.000.000 M. Geschäftsführer: Bernhard Holz, Kaufmann in Karlsruhe und Valentin Holz, Fabrikanten in Mühlbach; jeder Geschäftsführer ist selbstständig zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Juni 1923 festgestellt. Die Bekanntmachungen erfolgen im Badischen Staatsanzeiger (Karlsruher Zeitung). Eppingen, 23. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Eppingen. T.137 In das Handelsregister A Bd. I O. 3. 105 - Spiritbrennerei und Melassefabrik Hans Wiegner in Nicken - wurde heute eingetragen: Die Firma ist erloschen. Eppingen, 23. Juli 1923. Bad. Amtsgericht.

Eppingen. T.138 In das Handelsregister A Bd. I O. 3. 122 - Fir-

ma Ebit Höpfer in Eppingen - wurde heute eingetragen: Dem Arthur Weil in Eppingen ist Procura erteilt. Eppingen, 23. Juli 1923. Amtsgericht.

Ettlingen. T.98 In das Handelsregister A O. 3. 63 betr. Firma Ludwig Otto Knaebel, Mörfisch, wurde eingetragen: Das Geschäft samt Firma ist auf Hermann Albert Knobel, Kaufmann, Mörfisch, als Inhaber übergegangen. Ettlingen, 20. Juli 1923. Amtsgericht I.

Gengenbach. T.169 In das Handelsregister B O. 3. 15, ist eingetragen: Papierfabrik Sell am Darmersbach, Aktiengesellschaft in Bremen, Zweigniederlassung in Unterensbach. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Betrieb sowie die Neueinrichtung einer Papierfabrik, ferner der Betrieb aller Geschäfte, die mit dem Betrieb der Fabrik zusammenhängen, oder denselben zu fördern geeignet sind. Das Grundkapital beträgt M. 1.200.000. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. März 1921 abgeschlossen u. am 26. August 1921 und 19. April 1922 geändert. Der Vorstand der Gesellschaft besteht nach dem Ermessen des Aufsichtsrats aus einem oder mehreren Mitgliedern. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so wird die Gesellschaft durch 2 Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten. Die Mitglieder des Vorstandes bestellt der Aufsichtsrat. Vorstand ist der Direktor Carl Bauer in Bremen. Dem Kaufmann Egon Petermann in Unterensbach ist dergestalt Procura erteilt, daß er berechtigt ist, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen zu vertreten. Das Grundkapital ist eingeteilt in 1200 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1000 M. Die Vertretung der Generalversammlung erfolgt durch den Aufsichtsrat oder Vorstandsmitglied oder durch 21 Tagen vor dem anberaumten Termin in dem Gesellschaftsplatze. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Gengenbach, 14. Juli 1923. Amtsgericht.

Karlsruhe. T.108 In das Handelsregister B Band VIII O. 3. 35 ist zu Firma Landeswirtschafsstelle für das badische Handwerk, Aktiengesellschaft, Karlsruhe eingetragen: In der Generalversammlung vom 9. März 1923 wurde beschlossen das Grundkapital um 34.000.000 M. zu erhöhen, durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stammaktien und zwar 1500 Stück zu je 10.000 M., 4000 Stück zu je 5000 M. und 5000 Stück zu je 1000 M. Diese Erhöhung hat stattgefunden; das Grundkapital beträgt jetzt 50.000.000 M. Von den jungen Aktien werden 18.319.000 M. zu 125 Proz. und 24.681.000 M. zu 175 Proz. ausgegeben. Sämtliche früher vorhandenen Aktien wurden in Inhaberkonten umgewandelt. Davon wurden die Aktien der Serie A Nr. 1 bis mit 500 über je 10.000 M. in Vorzugsaktien mit siebenfachen Stimmrecht in gewissen Fällen umgewandelt. Dementsprechend wurde der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 (Grundkapital) 12 (Stimmrecht) geändert. Karlsruhe, 14. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.109 In das Handelsregister B, Band II, O. 3. 49, ist zu Firma Sinner A. G., Karlsruhe - Grundwinkel eingetragen: Ernst Pfeil-

berer, Kaufmann, Karlsruhe ist als Gesamtprokurist bestellt und berechtigt, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem stellvertretenden Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten. Karlsruhe, 17. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.110 In das Handelsregister B, Band VII, O. 3. 88, ist zu Firma Friedrich Körle & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Victor Kempermann ist beendet. Karlsruhe, 18. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.111 In das Handelsregister A ist eingetragen: Abt. I O. 3. 341, zur Firma Karl August Teufel, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. Band VII O. 3. 174 zur Firma Sauer & Co., Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Pharmazeutisch-Mechanische Handelsgesellschaft „Pharmehag“ Sauer & Co., Werner Kühnert, Kaufmann und Glasstecher Karlsruhe ist als weiterer persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Abt. VI O. 3. 309 zur Firma Frau Klara Michel, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. Abt. VII O. 3. 333 Firma u. Sitz Hef & Co., Karlsruhe. Kommanditgesellschaft, bei welcher Adolf Hef, Kaufmann, Karlsruhe, als persönlich haftender Gesellschafter und ein Kommanditist beteiligt sind. Die Gesellschaft hat am 26. Juni 1923 begonnen. Band VII O. 3. 334 Firma und Sitz Otto Lewin, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Otto Lewin, Kaufmann, Karlsruhe. Großhandel mit Textilwaren. Band VII O. 3. 335, Firma und Sitz: „Alteinhag“ Rheinische Handelsgesellschaft für Berg-, Säulen- und Maschinenwesen Biersch & Co., Karlsruhe. Persönlich haftende Gesellschafter: Alfred Emil Biersch, Kaufmann, Karlsruhe und Wilhelm Adam Klisch, Kaufmann, daselbst. Offene Handelsgesellschaft: Die Gesellschaft hat am 16. Juli 1923 begonnen. Karlsruhe, 14. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.112 In das Handelsregister B, Band IX, O. 3. 3, ist eingetragen: Firma und Sitz: Bernhard Hoffmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Getreide, Futtermitteln und land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen der Bodenkultur jeder Art. Die Gesellschaft ist befugt, den Geschäftsbetrieb auf verwandte Handelszweige auszudehnen, sich an ähnlichen Unternehmen in jeder Form zu beteiligen. Stammkapital: 1.800.000 M. Geschäftsführer: Bernhard Hoffmann, Dipl.-Landwirt, Karlsruhe, Friedrich Wilhelm Pfeiffer, Kaufmann, Durlach. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Juni 1923 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 18. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.113 In das Handelsregister B, Band VII, O. 3. 16, ist eingetragen: zur Firma Großherzogliche Majestätische Manufaktur Karlsruhe, Aktiengesellschaft in Karlsruhe. In der Generalversammlung vom 14. Juni 1923 wurde beschlossen, das

Grundkapital um 10.000.000 M. zu erhöhen, durch Ausgabe von 800 Stammaktien über je 5000 M. zum Kurs von 6000 Proz. 1000 Stammaktien über je 1000 M. und 1000 Vorzugsaktien über je 5000 M. zum Kurs von 100 Proz., sämtliche auf den Inhaber lautend. Diese Erhöhung hat stattgefunden; das Grundkapital beträgt jetzt 80.000.000 M. Dementsprechend wurde § 5 des Gesellschaftsvertrags geändert. Die neuen Vorzugsaktien haben dieselben Rechte wie die bereits früher ausgegebenen. Karlsruhe, 17. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.114 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.115 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 6, ist eingetragen: Firma und Sitz: „Laktur“ Milchverwertung Aktiengesellschaft Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Milch und Milch-erzeugnissen aller Art, insbesondere solcher Waren, die nach der Eintragung in die Zeichenrolle des Reichspatentamtes Nr. 292.719, 294.870 die Bezeichnung „Molkur“ führen dürfen oder in Verbindung mit Molkur hergestellt werden. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Grundkapital: 85.000.000 M., eingeteilt in 35.000 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 M., deren Ausgabe zum Nennwert erfolgt. Vorstand: Ernst Wirts, Brauereifachmann, Opladen, Gottlob Kübler, Geschäftsführer, Herzlake,skar Wlasch, Kaufmann, Pfaffstadt. Aktiengesellschaft: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. März 1923 errichtet. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Die Aktionäre werden zu den Versammlungen durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat geladen. Die Ladung muß die Tagesordnung enthalten und wenigstens zwei Wochen vor der Versammlung im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht sein.

Karlsruhe. T.116 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.117 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 6, ist eingetragen: Firma und Sitz: „Laktur“ Milchverwertung Aktiengesellschaft Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Milch und Milch-erzeugnissen aller Art, insbesondere solcher Waren, die nach der Eintragung in die Zeichenrolle des Reichspatentamtes Nr. 292.719, 294.870 die Bezeichnung „Molkur“ führen dürfen oder in Verbindung mit Molkur hergestellt werden. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Grundkapital: 85.000.000 M., eingeteilt in 35.000 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 M., deren Ausgabe zum Nennwert erfolgt. Vorstand: Ernst Wirts, Brauereifachmann, Opladen, Gottlob Kübler, Geschäftsführer, Herzlake,skar Wlasch, Kaufmann, Pfaffstadt. Aktiengesellschaft: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. März 1923 errichtet. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Die Aktionäre werden zu den Versammlungen durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat geladen. Die Ladung muß die Tagesordnung enthalten und wenigstens zwei Wochen vor der Versammlung im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht sein.

Karlsruhe. T.118 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 3, ist eingetragen: Firma und Sitz: Bernhard Hoffmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Getreide, Futtermitteln und land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen der Bodenkultur jeder Art. Die Gesellschaft ist befugt, den Geschäftsbetrieb auf verwandte Handelszweige auszudehnen, sich an ähnlichen Unternehmen in jeder Form zu beteiligen. Stammkapital: 1.800.000 M. Geschäftsführer: Bernhard Hoffmann, Dipl.-Landwirt, Karlsruhe, Friedrich Wilhelm Pfeiffer, Kaufmann, Durlach. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Juni 1923 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 18. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.119 In das Handelsregister B, Band VII, O. 3. 16, ist eingetragen: zur Firma Großherzogliche Majestätische Manufaktur Karlsruhe, Aktiengesellschaft in Karlsruhe. In der Generalversammlung vom 14. Juni 1923 wurde beschlossen, das

Grundkapital um 10.000.000 M. zu erhöhen, durch Ausgabe von 800 Stammaktien über je 5000 M. zum Kurs von 6000 Proz. 1000 Stammaktien über je 1000 M. und 1000 Vorzugsaktien über je 5000 M. zum Kurs von 100 Proz., sämtliche auf den Inhaber lautend. Diese Erhöhung hat stattgefunden; das Grundkapital beträgt jetzt 80.000.000 M. Dementsprechend wurde § 5 des Gesellschaftsvertrags geändert. Die neuen Vorzugsaktien haben dieselben Rechte wie die bereits früher ausgegebenen. Karlsruhe, 17. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.120 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.121 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.122 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 3, ist eingetragen: Firma und Sitz: Bernhard Hoffmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Getreide, Futtermitteln und land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen der Bodenkultur jeder Art. Die Gesellschaft ist befugt, den Geschäftsbetrieb auf verwandte Handelszweige auszudehnen, sich an ähnlichen Unternehmen in jeder Form zu beteiligen. Stammkapital: 1.800.000 M. Geschäftsführer: Bernhard Hoffmann, Dipl.-Landwirt, Karlsruhe, Friedrich Wilhelm Pfeiffer, Kaufmann, Durlach. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Juni 1923 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 18. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.123 In das Handelsregister B, Band VII, O. 3. 16, ist eingetragen: zur Firma Großherzogliche Majestätische Manufaktur Karlsruhe, Aktiengesellschaft in Karlsruhe. In der Generalversammlung vom 14. Juni 1923 wurde beschlossen, das

Grundkapital um 10.000.000 M. zu erhöhen, durch Ausgabe von 800 Stammaktien über je 5000 M. zum Kurs von 6000 Proz. 1000 Stammaktien über je 1000 M. und 1000 Vorzugsaktien über je 5000 M. zum Kurs von 100 Proz., sämtliche auf den Inhaber lautend. Diese Erhöhung hat stattgefunden; das Grundkapital beträgt jetzt 80.000.000 M. Dementsprechend wurde § 5 des Gesellschaftsvertrags geändert. Die neuen Vorzugsaktien haben dieselben Rechte wie die bereits früher ausgegebenen. Karlsruhe, 17. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.124 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.125 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.126 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.127 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.128 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.129 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen je einmal im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer der Gesellschaft, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Ernst Wirts, Brauereifachmann, Opladen, 2. Gottlob Kübler, Geschäftsführer, Herzlake, 3. Walter Dorbandt, Molkereibesitzer, Rheine, 4. Gustav Huppert, Kaufmann, in Reunkirchen (Saar), 5. Gottfried Hofketter, Privatmann, Basel, 6. Heinrich Kiermann, Molkereibesitzer, in Solte, 7. Hubert Niefenbraun, Molkereifachmann, Herzlake, 8. Baldur, Aktiengesellschaft für gärungslose Früchteverwertung Karlsruhe, 9. Willi Reizinger, Konjul u. Stadtrat, Karlsruhe. Die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: die unter Ziffer 4, 5, 6 u. 9 genannten Gründer sowie Josef Grein, Geschäftsführer, Karlsruhe, Willi Barneke, Vorstand, Karlsruhe, Heinrich Wolters, Direktor ebenda. Die offene Handelsgesellschaft „Molkurverwertung Molkur Wirts & Co. in Opladen“, bringt die Gesellschaft mit Vermögenswerten und Schulden, mit dem Recht auf Fortführung des Wareneigens „Molkur“ mit allen Rechten aus dem durch Reichspatent Nr. 296.101 geschützten Verfahren zur Herstellung eines kranken haltbaren Getränkes aus Molkur“, beizugehen in die Gesellschaft ein, daß das Geschäft als seit 1. April 1923 für Rechnung der Aktiengesellschaft geführt gilt. Die eingebrachten Sachen und Rechte sind auf Grund der Bilanz vom 31. März 1923 bewertet auf 33.885.288 M., die Verbindlichkeiten betragen: 22.935.283 M. Für den Überschuß mit 11.000.000 M. erhalten die Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft (Ziffer 1-7 der Gründer) Aktien im Nennwerte von 11.000.000 M. Die Gründer Ziff. 1, 2 und 5 bringen außerdem ihre Darlehensforderungen an die genannte offene Handelsgesellschaft von je 2.000.000 M. in die Gesellschaft ein; sie erhalten dafür Aktien in diesem Betrage. Von den mit der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere vom Prüfungsbericht der Revisoren, kann bei dem unterzeichneten Gericht, vom Bericht der Revisoren auch bei der Handelskammer hier Einsicht genommen werden. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.130 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 6, ist eingetragen: Firma und Sitz: „Laktur“ Milchverwertung Aktiengesellschaft Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Milch und Milch-erzeugnissen aller Art, insbesondere solcher Waren, die nach der Eintragung in die Zeichenrolle des Reichspatentamtes Nr. 292.719, 294.870 die Bezeichnung „Molkur“ führen dürfen oder in Verbindung mit Molkur hergestellt werden. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Grundkapital: 85.000.000 M., eingeteilt in 35.000 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 M., deren Ausgabe zum Nennwert erfolgt. Vorstand: Ernst Wirts, Brauereifachmann, Opladen, Gottlob Kübler, Geschäftsführer, Herzlake,skar Wlasch, Kaufmann, Pfaffstadt. Aktiengesellschaft: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. März 1923 errichtet. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Die Aktionäre werden zu den Versammlungen durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat geladen. Die Ladung muß die Tagesordnung enthalten und wenigstens zwei Wochen vor der Versammlung im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht sein.

Karlsruhe. T.131 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.132 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 3, ist eingetragen: Firma und Sitz: Bernhard Hoffmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Der Handel mit Getreide, Futtermitteln und land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Bedarfsgegenständen der Bodenkultur jeder Art. Die Gesellschaft ist befugt, den Geschäftsbetrieb auf verwandte Handelszweige auszudehnen, sich an ähnlichen Unternehmen in jeder Form zu beteiligen. Stammkapital: 1.800.000 M. Geschäftsführer: Bernhard Hoffmann, Dipl.-Landwirt, Karlsruhe, Friedrich Wilhelm Pfeiffer, Kaufmann, Durlach. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Juni 1923 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 18. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.133 In das Handelsregister B, Band VII, O. 3. 16, ist eingetragen: zur Firma Großherzogliche Majestätische Manufaktur Karlsruhe, Aktiengesellschaft in Karlsruhe. In der Generalversammlung vom 14. Juni 1923 wurde beschlossen, das

Grundkapital um 10.000.000 M. zu erhöhen, durch Ausgabe von 800 Stammaktien über je 5000 M. zum Kurs von 6000 Proz. 1000 Stammaktien über je 1000 M. und 1000 Vorzugsaktien über je 5000 M. zum Kurs von 100 Proz., sämtliche auf den Inhaber lautend. Diese Erhöhung hat stattgefunden; das Grundkapital beträgt jetzt 80.000.000 M. Dementsprechend wurde § 5 des Gesellschaftsvertrags geändert. Die neuen Vorzugsaktien haben dieselben Rechte wie die bereits früher ausgegebenen. Karlsruhe, 17. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.134 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.135 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch-Manfort. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Aufstellung von Kälteanlagen sowie der Abschluß von Handelsgeschäften in Maschinen und Zubehörsachen aller Art. Stammkapital: 1.000.000 M. Geschäftsführer: Max Ehlers, Oberingenieur, Schleibusch-Manfort, Arthur Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Fritz Freitag, Kaufmann, Karlsruhe. Procura: Dem Fabrikdirektor Adrian Keller in Schleibusch-Manfort u. dem Ingenieur Ernst Wilfert in Karlsruhe ist Gesamtprocura dergestalt erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Dezember 1921 festgesetzt, am 17. Mai 1922 in § 5 (Stammkapital) und am 21. Januar 1923 in § 2 (Sitz) geändert worden. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 26. Juli 1923. Bad. Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. T.136 In das Handelsregister B Band IX O. 3. 4 ist eingetragen: Firma und Sitz: „Gelat“ Gesellschaft für Kälteanlagen mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit einer Zweigniederlassung in Schleibusch

